

Gewalt von oben gegen Demokratie von unten in Zentralamerika : zum Beispiel El Salvador ; Zum Beispiel Guatemala ; Zum Beispiel Nicaragua

Autor(en): **Vescoli, Pedro**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143590>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gewalt von oben gegen Demokratie von unten in Zentralamerika

Zum Beispiel El Salvador

An der Strasse von Aguilares nach El Paisnal stehen drei einfache, ausgebleichene Holzkreuze. Hier wurden im Juli 1977 der Jesuiten-Priester Rutilio Grande und zwei Mitglieder seiner Gemeinde ermordet. Drei Jahre später erlitt sein Erzbischof Oscar Arnulfo Romero dasselbe Schicksal. Die *Todesschwadronen*, paramilitärische Gruppen der Grossgrundbesitzer und geheime Einheiten der Streit- und Sicherheitskräfte, hatten die Parole ausgegeben: «Diene Deinem Vaterland, töte einen Priester!» 1977 bis 1980 fielen ihnen zehn Priester, drei Ordensfrauen und Hunderte von Katecheten und Katechetinnen zum Opfer. Diese Strasse des Todes führte am 16. November 1989 auch zur Autonomen Universität von San Salvador, wo sechs Jesuiten und zwei Frauen von Mitgliedern der salvadorianischen Armee niedergemetzelt wurden. Die ermordeten Padres – unter ihnen der weltweit bekannte Rektor der Universität Ignacio Ellacuría – gehörten zu den führenden Intellektuellen in San Salvador. Sie hatten das Erbe von Bischof Romero fortgeführt.

Noch am Tag vor seiner Ermordung hatte Bischof Romero die Soldaten zur Befehlsverweigerung aufgerufen: «Ich befehle Euch im Namen Gottes..., hört mit der Repression auf!» Ignacio Ellacuría hatte drei Wochen vor seiner Ermordung vor deutschen Bundestagsabgeordneten versucht zu erklären, dass die Befreiungsbewegung in Mittelamerika mehr zur Demokratisierung beigetragen hat als irgendeine politische Partei. Damit wies er auf die *Notwendigkeit eines ernsthaften Dialoges* zwischen der Regierung und dem FMLN hin.

Dieser Dialog ist denn auch im April 1990 angelaufen, befindet sich aber momentan in einer Sackgasse. Nach etlichen Verhandlungsrunden konnte in San José in

Costa Rica über die Frage der Armee keine Einigung erzielt werden. Die Forderungen des FMLN nach einer Entmilitarisierung des Landes – also eines gleichzeitigen Abbaus der Streitkräfte und der Guerillaverbände – sowie nach der strafrechtlichen Verurteilung der verantwortlichen Militärs in Fällen von Menschenrechtsverletzungen werden von der Regierung nicht einmal ansatzweise diskutiert. Eine effektive Untersuchung würde gerade die Verwicklung von hohen Regierungs- und Armeefunktionären ans Tageslicht bringen. Die Aufklärungen, worunter auch der Fall des Schweizer Jürg Weis fiel, verlaufen sich aber in den Tiefen der Bürokratie einer korrupten Justiz.

Eine Kongressdelegation aus den USA hat anfangs 1990 zugegeben, dass von den 15 höchsten salvadorianischen Militärs 14 für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Nach einer starken Kampagne der Menschenrechts- und Solidaritätsbewegung in den USA hat der US-Kongress am 24. Oktober 1990 die *Militärhilfe* an El Salvador für das Haushaltsjahr 1991 um die Hälfte gekürzt. Diese «tödliche Hilfe» macht aber nur den kleineren Anteil der gesamten Unterstützung durch die USA aus. Während die Wirtschaftshilfe an die anderen lateinamerikanischen Länder wegen der eigenen Budgetschwierigkeiten gekürzt wurde, wird sie für El Salvador gar gesteigert. Ausserdem werden andere Länder wie Taiwan in die Bresche springen, womit sich also die Militärs in El Salvador nicht sonderlich zu sorgen brauchen. Sorgen muss sich eher die Regierung, welche immer stärker unter einen Legitimationsdruck nach aussen und nach innen gerät. Die Stärke der Volksorganisationen und die entschiedene Haltung der Befreiungsbewegung FMLN schwächen die Position der Regierung zunehmend.

Zum Beispiel Guatemala

Im Jahre 1987 tauchte in den Zeitungsspalten der gebannt auf Zentralamerika gerichteten Weltpresse ein neues Wort auf: «Esquipulas II». Die Präsidenten der zentralamerikanischen Länder unterzeichneten den mittelamerikanischen Friedensvertrag, der in diesem konflikträchtigen Gebiet zu Lösungen führen sollte. Hoffnungen wurden geweckt. In Guatemala gab es nun Versuche, einen Dialog zwischen der Regierung und der Befreiungsbewegung URNG in Gang zu bringen. Diese Verhandlungen platzten aber unter dem offensichtlichen *Druck der Militärs* sehr bald.

Im Mai 1988 mobilisierten mehrere Bataillone in der Provinz zum Schlag gegen die Hauptstadt. Der Staatsstreich scheiterte zwar an der schlechten Organisation der Verschwörer und an der Verfassungstreue des Generalstabes, doch sorgte Verteidigungsminister Gramajo anschliessend dafür, dass die Forderungen der Putschisten nach und nach erfüllt wurden. Darunter fallen die Beschränkung der Tätigkeit von Basisbewegungen und Menschenrechtsorganisationen und die Abkehr von der Politik der «aktiven Neutralität», die laut Präsident Cerezo den Friedensprozess in Zentralamerika in Gang gebracht hatte. Diese Politik öffnet den Sicherheitskräften Tür und Tor für weitere Menschenrechtsverletzungen. Von neuem tauchen Tote mit Folterspuren an Strassenrändern oder an Flussufern auf. Verschleppungen werden wieder häufiger. Die Vergangenheit der Militärdiktaturen holt die Gegenwart ein. Allmonatlich werden weit mehr als einhundert solche Fälle registriert. Was bleibt, sind die unendlichen Kolonnen von Namen in den Monatsstatistiken der Menschenrechtsorganisationen.

Die Ermittlungsergebnisse der Polizei sind beschämend. *Kaum ein Verbrechen wurde aufgeklärt*, und die guatemalteki-schen Behörden und Militärs schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Der von der Regierung eingesetzte Staatsanwalt für Menschenrechte César Alvarez Guadamuz erklärte unlängst in einem Gespräch mit amnesty international, dass für die von ihm dokumentierten Ermordungen die Polizei, die Militärs und die vom Militär organisierten Selbstverteidigungspatrouillen verant-

wortlich seien. Diese Aussage hat er allerdings später widerrufen.

Die Vergangenheit hat Guatemala noch in einem weiteren Punkt eingeholt. Bei der *ersten Wahlrunde* um die Nachfolge des christdemokratischen Präsidenten Vinicio Cerezo im November 1990 haben sich auch die grössten Schlächter der jüngeren Geschichte zur Wahl gestellt. Einer davon ist Efraín Ríos Montt, der bei den Meinungsumfragen sehr weit vorne lag. Seine Kandidatur wurde aber vom Verfassungsgericht im letzten Moment als nicht verfassungsgemäss abgelehnt, da er seinerseits durch einen Militärputsch den Präsidentensessel an sich gerissen hatte. Seine Amtszeit durchzieht eine Blutspur mit Tausenden von Toten und Verschwundenen. Damals auch strömten die fundamentalistischen Sekten aus den USA in das Land, die fast einen Drittel der einst rein katholischen Bevölkerung «bekehrt» haben. Montts Popularität ist wohl auf sein Charisma und das Versprechen von Ruhe und Ordnung in diesem von Korruption und Unsicherheit geplagten Land zurückzuführen.

Des weiteren hat sich General Benedicto Lucas García dem Wahlvolk gestellt. Als Armeechef unter der Präsidentschaft seines Bruders von 1978 bis 1982 liess er um die 20000 indianische Bauern massakrieren. Zwar lag er weit abgeschlagen am Schluss der Wählergunst, doch nur schon die Teilnahme solcher Männer an einem Wahlkampf sagt genug aus über das politische Klima in diesem Land und darüber, wer in Guatemala die Macht ausübt: das Militär. Auch Präsident Cerezo hat es nie gewagt, gegen diese Untersuchungen einzuleiten. Die Militärs haben sich noch einige Tage vor dessen Amtseinsetzung im Januar 1986 mit dem Dekret 8-86 eine *Amnestie* für die Verbrechen der Vergangenheit verpasst.

Zum Beispiel Nicaragua

Die Wahlen vom 25. Februar 1990 und die darauffolgende geordnete Übergabe der Staatsmacht an die Wahlsieger von der U.N.O. belegten das *demokratische Staatsverständnis* der seit zehn Jahren in der Regierungsverantwortung stehenden FSLN. Selbst Folterer und Nationalgardisten aus der Somozazeit erhielten eine Amnestie,

welche bei den mittelamerikanischen Friedensgesprächen zugesagt wurde. Diese zehnjährige Phase nach der jahrzehntelangen Militärdiktatur der Somozyadynastie diente somit dem Aufbau eines Rechtsstaates mit der Garantie von zivilen und politischen Rechten für die Bevölkerung Nicaraguas.

Zweifellos können Menschenrechte nicht nur auf die Garantie des Lebens oder gar der Ausübung des Wahlrechts reduziert werden. Vielmehr sind darin – und dies legt auch die nicaraguanische Verfassung fest – die Rechte auf Wohnung, auf Arbeit oder auf kulturelle Betätigung enthalten. Dazu gehört sodann die Notwendigkeit, als Land unabhängig von äusseren Einflussnahmen in Frieden und Selbstbestimmung zu existieren. Doch die verschiedenen Massnahmen, die durch die neue Regierung Chamorro verfügt wurden, zielen in eine andere Richtung. Die Wirtschafts- und Finanzpakete, einem neoliberalen Wirtschaftsmodell nachgeschnitten, treffen die ärmsten Bevölkerungsschichten am stärksten. Lebensmittelsubventionen auf Grundnahrungsmitteln wurden gestrichen, Strom- und Wasserpreise dagegen massiv erhöht. Nicaragua ist in dieser Zeit vom billigsten zum teuersten Land Zentralamerikas geworden.

Viele Familien befinden sich in Unsicherheit über ihr Haus oder ihren Boden. Es droht die Rückgabe an die ehemaligen Besitzer. Die konsequente Anwendung der vorgesehenen *Reprivatisierungspolitik* könnte wieder zu einer ähnlich ungleichen Verteilung der Besitztümer wie vor der Revolution im Jahre 1979 führen.

Noch haben die Menschen in Nicaragua die Möglichkeit, sich zu wehren. Die verschiedenen Streiks und Massenmobilisierungen im vergangenen Jahr zwangen die

Regierung Chamorro zu Zugeständnissen. Die Regierung ist sich im klaren, dass für eine Erholung der Wirtschaft die politische Stabilität unabdingbar ist. Trotzdem unterläuft sie immer wieder die Vereinbarungen. Von den *Ultrarechten*, welche der Vizepräsident Godoy, Teile der Kirchenhierarchie und der Unternehmerverband COSEP repräsentieren, werden solche Vereinbarungen aber dennoch als Schwäche ausgelegt. Diese Fraktion trägt alles dazu bei, um eine weitere Polarisierung zu fördern. Ihr Ziel ist die völlige Verbannung des Sandinismus aus dem öffentlichen Leben und die Beseitigung der sandinistischen Armee und Polizei.

Bereits ist es im November, kurz nach einem weitreichenden Abkommen zwischen Regierung, Sandinisten und Gewerkschaften, zu einem *Umsturzversuch* gegen die Regierung Chamorro gekommen. COSEP hatte dieses Abkommen nicht mitunterzeichnet, weil darin die Rückgabe der Ländereien nicht abgesichert wurde. Parallel dazu folgten erneut bewaffnete Aktionen von ehemaligen Contraverbänden gegen Kooperativen, ganze Dörfer oder wichtige Verbindungsstrassen. Die Contras, eigentlich demobilisiert und ohne Waffen, haben von der Regierung Land und eine Aufbauhilfe versprochen bekommen. Doch auch diese Massnahmen wurden nur schlecht oder gar nicht eingehalten.

Nicaragua befindet sich also in einem Zustand der immer stärker werdenden *Polarisierung* sowie zunehmender sozialer und wirtschaftlicher Probleme. Die Schritte in die Richtung eines «normalen» zentralamerikanischen Landes beschleunigen sich. Mit dem Wiederaufflammen der Anschläge von bewaffneten Gruppen, welche in einer Allianz mit der Ultrarechten stehen, ergibt sich erneut die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Wenn ich in einem Jahr einen Menschen in der Tiefe überzeuge, ebenso zu handeln, dann sind wir nach einem Jahr zwei, und, wenn das so weitergeht, nach zwei Jahren sind wir vier, nach drei Jahren sind wir acht gemeinsam Arbeitende. Und ich kann rechnen: Nach zehn Jahren wären wir tausend (für Leute, die Mathematik können: 1024), nach zwanzig Jahren hat jeder der Tausend wieder tausend versammelt, wir sind eine Million, nach dreissig Jahren sind wir eine Milliarde, und das ist genug. Das ist nur ein Gleichnis dessen, was möglich ist.

(Carl Friedrich von Weizsäcker, Schlussrede an der Europäischen Ökumenischen Versammlung vom 15.–21. Mai 1989 in Basel)